

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmuth G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppon d



Inhalt

Dr. Jürgen Schmude MdB zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR: Auch Religionsfreiheit ist ein Beitrag zur Entspannung.

Seite 1

Prof. Dr. Uwe Holtz zur Genter Verhandlungsrunde über den Afghanistan-Konflikt: Hoffnung auf eine politische Lösung.

Seite 3

Horst Sielaff MdB zu Äußerungen von Hupka und Wörner: Die Falken in der Union melden sich zu Wort.

Seite 4

Josef Felder zu den Ereignissen im Frühjahr 1933: Die Zeit der Niederlagen und Enttäuschungen. (Teil I)

Seite 5

43. Jahrgang / 44

4. März 1988

Auch Religionsfreiheit ist ein Beitrag zur Entspannung

Staat und Kirche in der DDR seit zehn Jahren auf neuem Weg

Von Dr. Jürgen Schmude MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Das Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in der DDR ist ins Gerede gekommen. Der 6. März 1988, der zehnte Jahrestag des Grundsatzgesprächs zwischen dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker und dem Vorsitzenden des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR, Bischof Albrecht Schönherr, wird von vielen Betrachtern mit der besorgten Frage verbunden, wie der dabei vereinbarte Weg fortgesetzt werden kann. Beide Partner des Gesprächs erklären sich grundsätzlich dazu bereit.

In dem Spitzengespräch von 1978 hatte Honecker die gesellschaftsbezogene Arbeit der Kirche gewürdigt, eine Zusammenarbeit zwischen Staat und Kirche für notwendig erklärt und sich zur vollen Gleichberechtigung und Gleichachtung aller Bürger bekannt. Bischof Schönherr nahm diese Erklärungen mit Dank entgegen, verwies aber darauf, daß das Verhältnis von Staat und Kirchen nur so gut sein könne, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfahre.

Damit war von kirchlicher Seite ein Erfordernis ganz deutlich ausgesprochen worden, das seither in kirchlichen Stellungnahmen immer wieder bekräftigt wurde. Seine Erfüllung läßt nämlich zu wünschen übrig. Immer noch warten wichtige Sachfragen, wie zum Beispiel die der völligen Gleichachtung junger Christen im Bildungswesen und die der angemessenen Alternative zum Wehrdienst auf die von kirchlicher Seite häufig und nachdrücklich ange-mahnte Klärung. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß sich nach dem Gespräch vom 6. März 1978 das Verhältnis von Kirche und Staat in der DDR erheblich gebessert und in vielen Beziehungen normalisiert hat. Kirchliche Arbeit ist in weitem Umfang möglich und das „Schutzdach der Kirche“ gewährleistet einen Freiraum, dessen Nutzung nicht angherzig verstanden wird. Grenz-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressediens GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtige Umpreis
mit variablem Abdruck
Regulierung-Papier



übergreifende kirchliche Kontakte wurden in großer Zahl möglich. Mit ihren gesellschaftsbezogenen Aktivitäten kamen die Kirche und ihre Gruppen zur Geltung, zum Beispiel in der Friedensarbeit.

Weit über die Kirchengemeinden hinaus haben viele Menschen in der DDR begreifen gelernt, daß die der Kirche zugewachsenen Möglichkeiten Gewicht haben und zum Wohl der Menschen eingesetzt werden. Die anfänglich skeptische Einschätzung, es handele sich vor allem um formale Kontakte zwischen Staat und Kirche auf höherer Ebene, während die Beschwerden im Alltag des normalen Gemeindegliedes völlig unverändert blieben, ist durch positive Erfahrungen widerlegt worden. Das Vertrauen zu den kirchenleitenden Persönlichkeiten ist gewachsen, damit freilich auch Erwartungen, die nicht immer in vernünftigen Rahmen bleiben.

Bei aller weiterhin bestehenden Unzulänglichkeit bedeutet die positive Entwicklung des Verhältnisses von Staat und Kirche einen Gewinn an menschenrechtlicher Substanz für die DDR. Der von der Bundesregierung im Herbst 1987 vorgelegte Bericht der unabhängigen Wissenschaftlerkommission über die Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes enthält eine Reihe von Beanstandungen verschiedener DDR-Praktiken, stellt aber zugleich fest: „Andererseits genießen die Kirchen eine vergleichsweise starke Autonomie, und die Eingriffe in die Religionsfreiheit sind relativ begrenzt. Im Laufe der Zeit hat sich ein *modus vivendi* zwischen Staat und Kirche herausgebildet, der zwar noch nicht den völkerrechtlichen Vorgaben entspricht, aber doch keine groben Völkerrechtsverstöße verdeckt.“

Die Diskussion über die Verwirklichung von Menschenrechten muß grenzübergreifend erfolgen, sie darf den Vorwurf der Einmischung nicht scheuen. So ist es für die Menschenrechtspolitik anderer Staaten und vor allem für die der Bundesrepublik Deutschland eine erfreuliche Tatsache, daß sich die kirchliche Situation in der DDR weit günstiger entwickelt hat als in vielen anderen Ostblockstaaten. Sie bewirkt über die bloße Anerkennung dieser Fortschritte hinaus einen internationalen Gewinn an Vertrauen, nicht nur gegenüber der Kirche in der DDR, sondern auch gegenüber dem Staat. Der DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen hat diese grenzübergreifende Dimension 1981 in Genf mit der Bewertung sichtbar gemacht, die Regelung des Verhältnisses zwischen Kirchen und Staat sei friedensstabilisierend gewesen und habe im europäischen Interesse gelegen. Der Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR selbst bezeichnete das Gespräch vom 6. März 1978 mit seinen Auswirkungen im Leitungsbericht 1985 als einen „Beitrag zum Entspannungsprozeß“.

Es bleibt zu hoffen, daß dieser Beitrag trotz der gegenwärtigen Belastungen erhalten und verstärkt werden kann. In der Staatsführung der DDR scheint Unmut darüber aufgekommen zu sein, daß die evangelische Kirche ihren Schutz nach den Vorgängen um die Zionskirche und vor allem nach der Luxemburg-Demonstration am 17. Januar 1988 Einzelnen und Gruppen in weitem Umfang gewährt hat. Diese Verärgerung wird hoffentlich nicht blind für die Einsicht machen, daß die evangelische Kirche damit bis an die Grenzen ihrer Möglichkeiten schädliche Folgen von Mißverständnissen im staatlichen Bereich getragen und aufgefangen hat. Ob und wie weit sie das überhaupt leisten kann, ist Gegenstand intensiver innerkirchlicher Diskussion. Aber es wäre ein grober Undank für die befriedenden und ausgleichenden Dienste der evangelischen Kirche in der DDR, wenn der Staat sie dafür in die Schranken verweisen und ihren Freiraum einengen würde. Und auch das würde natürlich grenzübergreifende Wirkungen haben, nun aber keine der Entspannung förderlichen, sondern abträgliche.

Der Prozeß der Entspannung und Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten wie in Europa insgesamt muß weitergehen. Die Fortsetzung des am 6. März 1988 zehn Jahre alten Weges von Staat und Kirche in der DDR gehört dazu.

(-/4.3.1988/vo-he/rs)

* * *

Hoffnung auf eine politische Lösung des Afghanistan-Konflikts

Zur neuen Verhandlungsrunde zwischen Afghanistan und Pakistan in Genf

Von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Alles spricht dafür, daß die bisher recht fragile Brücke, auf der sich der UN-Sonderbeauftragte Cordovez bei den indirekten Verhandlungen zwischen Pakistan und Afghanistan bewegt, erheblich an Stabilität gewonnen hat. Ihre wichtigste Stütze dürfte das jüngste Angebot von Generalsekretär Gorbatschow sein, den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan am 15. Mai dieses Jahres zu beginnen und innerhalb von zehn Monaten abzuschließen.

Die Zeichen für Moskaus Wunsch, sich seiner großen internationalen Hypothek zu entledigen, mehren sich schon seit einiger Zeit. In den sowjetischen Medien wird kritisch über das nunmehr acht Jahre dauernde militärische Engagement nachgedacht. Offen wird eingestanden, daß der versuchte Sozialismus nicht-islamischer Prägung sich an den traditionellen Normen und Gesellschaftsstrukturen aufgerieben hat.

Der sowjetische Generalsekretär hat den Truppenabzug an die Unterzeichnung eines entsprechenden Rahmenabkommens durch die beiden Verhandlungspartner bis Mitte März gebunden. Soll das unbesetzte Afghanistan Wirklichkeit werden, muß die am Mittwoch in Genf wieder aufgenommene Verhandlungsrunde zwischen Afghanistan und Pakistan erfolgreich abgeschlossen werden. Diego Cordovez hat sich bei der Eröffnung zuversichtlich über den Verhandlungswillen beider Seiten geäußert.

Indessen gibt es Irritationen über Pakistans Forderung, das Abkommen müsse auch die Formierung einer Koalitionsregierung vorsehen, welche von den Mudschahedin akzeptiert werden könne und den fünf Millionen afghanischen Flüchtlingen die Rückkehr in ihr Heimatland erleichtere. Weder die UdSSR noch das derzeitige Kabuler Regime können diese Forderung annehmen.

In der Tat aber ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, der Krieg könne auch nach dem Truppenabzug weitergehen - als mörderischer Bruderkrieg. Verschiedene ungeklärte Fragen sprechen dafür.

Nadjibullah könnte versuchen, sich auch ohne fremde Hilfe an der Macht zu halten. Bleiben die Kommunisten auch weiterhin in Besitz der schweren Waffen des Regimes, könnte es zu blutig geführten Machtkämpfen kommen.

Was ist, wenn in der Übergangsphase Tausende von afghanischen Kommunisten umgebracht werden? Die Mudschahedin versprechen, keine Rache zu üben.

Unter den Mudschahedin ist die Uneinigkeit groß. Schon jetzt sichern sich in ihren Hauptquartieren die Parteien die günstigsten Ausgangspositionen für den zu erwartenden Machtkampf. Die Weigerung einiger Gruppen, die Rückkehr des Königs und die Beteiligung der derzeitigen Machthaber an einer Übergangsregierung zu akzeptieren, könnte auch darauf hindeuten, daß sie die im Widerstand aufgebauten Positionen dazu nutzen werden, in Kabul allein zu regieren.

UN-Vermittler Cordovez hat am Mittwoch deutlich gemacht, daß das Thema „Übergangsregierung“ unmöglich Gegenstand eines internationalen Abkommens sein könne. Dies müßten die Afghanen selbst entscheiden.

Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Partei Afghanistans, Dr. M. Amin Wakmann, hat sich am 15. Januar 1988 in einem Gespräch mit Mitgliedern der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion für eine Übergangsregierung ausgesprochen, der sowohl die Gruppen in Peshawar als auch die Kabuler Kommunisten angehören sollen, dazu die Sozialdemokraten und die Kommandeure. Diese könnten eine Verfassung erarbeiten, so daß nach zwei bis drei Jahren Wahlen stattfinden könnten.

Es ist zu hoffen, daß eine so breit gefächerte Koalition weiteres Blutvergießen verhindern könnte.

(-/4.3.1988/vo-ha/rs)

* * *

Die Falken in der Union melden sich zu Wort

Zu Äußerungen von Hupka und Wörner

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Das Deutschlandpapier der CDU „Unsere Verantwortung in der Welt - christlich-demokratische Perspektiven zur Außen-, Sicherheits-, Europa- und Deutschlandpolitik“ führt offensichtlich zu heftigen und teilweise absurden Diskussionen bei den Vertriebenenfunktionären. Unterstützt werden sie dabei vom rechten Flügel der CDU/CSU-Fraktion, unter anderem vom Fraktionsvorsitzenden Dregger und dem noch amtierenden Verteidigungsminister Wörner.

In einem Leitartikel der neuesten Ausgabe von „Schlesische Nachrichten“ schreibt Hupka unter der Überschrift „Die VR Polen ist das Geschöpf Stalins“ einen einseitig ideologisch ausgerichteten und ebenso eindeutig geschichtsverfälschenden Artikel. Die VR Polen wird als Ausgeburt Stalinischer Politik dargestellt, der sich dabei auf die Vorarbeit des polnischen Rechtsextremismus stützen konnte. Mit keinem Wort geht der Verfasser auf die Schuld Hitler-Deutschlands und den von uns Deutschen entfachten, mörderischen Krieg ein.

Die von Deutschen in Polen verübten Grauel erwähnt Hupka mit keinem einzigen Wort - allein Stalin sei der Schuldige. Wer den heutigen Zustand Polens anerkennt, „muß sich fragen lassen, ob er noch nachträglich Stalin rechtfertigen will“, heißt es wörtlich.

Damit werden die abgeschlossenen Verträge zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der VR Polen wiederum angegriffen und in Frage gestellt, obwohl alle deutschen Regierungen ihre Einhaltung immer wieder betonten.

Im gleichen Blatt steht dann auch ein Interview mit Wörner, in dem der Verteidigungsminister die wahren Ursachen der Spannungen nicht etwa in Rüstungsmaßnahmen, sondern in der „Zementierung der Folgen des Zweiten Weltkrieges aus rein machtpolitischen Gründen“ sieht. Mit vielen Beispielen aufgemotzt soll dann der Beweis angetreten werden, daß die NATO-Verbündeten für die Wiedervereinigung Deutschlands - in Hupkas Sinne wohl? - eintreten und die Vorstellungen untermauern.

Hier werden Legenden gestrickt und Hoffnungen geweckt oder belebt, die weder den Realitäten entsprechen, noch die Vertragssituation als Folge des verlorenen Zweiten Weltkrieges wiedergeben. Wann nicht die Wahlen in Baden-Württemberg und in Schleswig-Holstein Ursache dieser Verlautbarungen der Unionspolitiker sind, was als Erklärung, nicht aber als Entschuldigung gelten mag, dann müssen wir ernsthaft befürchten, daß es in der Union doch stärkere Kräfte gibt, die die Politik des Außenministers nicht mittragen und es nur noch ein Frage der Zeit ist, wenn der Bundeskanzler den Falken in seinen eigenen Reihen Futter in Form von Zugeständnissen geben muß.

(-/4.3.1988/vo-he/rs)

* * *

Die Zeit der Niederlagen und Enttäuschungen (Teil I)

Erinnerungen an das Frühjahr 1933

Von Josef Falder*)

Die Serie der Enttäuschungen vor und nach dem 5. und dem 23. März 1933 bedarf bei Gedenktagen mahnender Erinnerung an Standhaftigkeit und an das Versagen führender Persönlichkeiten der Weimarer Politik, wobei historische Objektivität gebietet, den Kreis der Betrachtung weit zu ziehen. Zunächst einen Blick zurück auf den für die demokratischen Parteien so schweren Wahlkampf des Februar 1933.

Partei Vorstand, Parteiausschuß, Reichstagsfraktion der SPD und Reichskampfleitung der Eisernen Front (also das Reichsbanner Schwarz-rot-Gold) hatten in den ersten Februartagen fast zur gleichen Stunde getagt, da Hitler vor der Generalität der Reichswehr sein „Lebensraum-Programm“ verkündete, ohne wesentlichen Widerspruch zu finden. Die bedrängten Sozialdemokraten beschäftigte die Frage, was zu geschehen habe, wenn Hitler nach der Wahlentscheidung vom 5. März die Verfassung beseitige. Hier gebe es nur den umfassenden Generalstreik. Der schlesische Abgeordnete Buchwitz erklärte für das Reichsbanner, es sei alles vorbereitet zum Handeln. Der Abgeordnete Jahn erklärte für die Organisation der Eisenbahner: „Ich versichere euch, wenn das Signal gegeben wird, dann fährt keine Lokomotive mehr.“ Am Schluß der erregten Beratungen der stellvertretende Parteivorsitzende Vogel-Franken: „Also, wenn wir auf den Knopf drücken, dann geht's los.“

Es folgten im ganzen Reich Massenversammlungen gegen die Nazis und am 17./18. Februar sagte Otto Wels auf der unter großen Schwierigkeiten abgehaltenen Generalversammlung des Reichsbanners noch im Plattdeutsch: „Lever düad - üs Slav“. Auf einer gewaltigen Kundgebung in Hessen erklärte der Abgeordnete Carlo Mierendorff: „Bismarck hat sich an der Arbeiterbewegung verrechnet und Hitler wird bald an dem geschlossenen Block der Arbeiterschaft scheitern.“ So verstärkten sich neue Hoffnungen im Laufe der erbitterten Wahlkampfauseinandersetzungen, in den süddeutschen Ländern Baden, Württemberg und vor allem in Bayern. Staatsrat Schäffer von der Regierenden Bayerischen Volkspartei hatte großtönend noch am 15. Februar verkündet: „Ein Reichskommissar, der den Main überschreitet, wäre nicht nur eine Kampfansage für das betreffende Land, er wäre eine Kampfansage für den gesamten deutschen Süden.“ Es zeigte sich dann am 9. März, daß der Herr Reichskommissar gar nicht nach München zu kommen brauchte, denn er war in der Person von Oberst Epp ja längst ortsansässig und brauchte von Hindenburg-Hitler nur ernannt zu werden.

„Wenn es ernst wird, werden wir schießen“, hatte schon 1931 der bayerische Innenminister Dr. Stützel in einem Gespräch mit dem Verfasser dieser Zeilen gesagt. Als es ernst wurde, fiel der Bayerische Ministerpräsident um und Dr. Stützel konnte der teilweise unterwanderten Landespolizei keinen Befehl mehr geben, als die Münchner Nazis zum Sturm auf das Gewerkschaftshaus ansetzten. Unter dem ersten (und ja zugleich letzten) bayerischen Nazikabinett des ehemaligen Lindauer Oberbürgermeisters Dr. Siebert begann mit der Errichtung des ersten Konzentrationslagers - rasch beispielgebend für das ganze Reich - in Dachau die Verfolgung und Vernichtung der „Marxisten“, wie Hitler sie Exkanzler Brüning in einer „Ausprache“ am 22. März angekündigt hatte. Dabei hatte er die dann im Reichstag wiederholte Versicherung gegeben, die Länder würden nicht aufgehoben. Sie wurde kurzfristig genau so gebrochen, wie alle anderen dem Zentrum so wichtigen Bestimmungen über die christlichen Konfessionen, über Schule und Erziehung.

Am 28. März 1933 hob die Fuldaer Bischofskonferenz im Glauben an Hitlers für die Abstimmung des 23. März erwogenen schlaun Versprechungen alle ihre bisherigen Warnungen und Verbote vor dem Nationalsozialismus auf und empfahl den deutschen Katholiken volle Loyalität gegenüber dem Regime. Der Zentrumsführer, Prälat Kaas, bekundete noch am 5. April in einem Leitartikel sinngemäß, das Zentrum habe „Ja“ gesagt zu dem Handeln des „großen Operateurs Hitler

an der übersteigerten Freiheit von Weimar". Dann setzte er sich mit Papen zu den Schlußverhandlungen über seine Lieblingsidee „Reichskonkordat“ (bald von Hitler auch gebrochen) nach Rom ab und sandte dem Diktator am 20. April 1933 ein Geburtstagstelegramm, verbunden mit der Versicherung „unbeirrbarer Mitarbeit“. Noch ehe aber die Tinte unter dem Konkordat ganz trocken ist, sieht sich die große Partei des deutschen Zentrums unter dem Druck der Nazis im Juni 1933 zur Selbstauflösung veranlaßt. Vom Vatikan kam kein Protest.

Aber auch die Mehrheit der freien Gewerkschaften unterlag einem verhängnisvollen Irrtum. Zu ihrem Vorsitzenden Leipart sagte Otto Wels nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933, dem mit der von Hindenburg gebilligten Notverordnung vom 28. Februar die völlige politische Entrechtung aller deutschen Staatsbürger folgte, erregt: „Muß nun nicht auf jede Gefahr hin Widerstand geleistet werden, auch auf die einer sicheren Niederlage?“ Leipart: „Ich bringe es nicht über mich, auf den Knopf zu drücken. Das bedeutet Bürgerkrieg.“ So unterblieb, was Anfang Februar beschlossen wurde, gegen die Erwartung der SPD. Sechs bedeutende Gewerkschaftsführer, Großmann, der 2. Vorsitzende des ADGB, Tarnow von den Holzarbeitern, Husemann von den Bergerbeitern, Böckler und Brandes von den Metallern und Aufhäuser von den Angestellten, votierten als Reichstagsabgeordnete der SPD am 23. März 1933 namentlich mit ihrem Nein gegen das Ermächtigungsgesetz.

Leider formulierte am 7. April der Bundesvorsitzende Leipart vor dem Bundesausschuß des ADGB die Bereitschaft, alle Ziele der Regierung Hitler anzuerkennen, wenn sie ohne Verfolgungsmaßnahmen die zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern bereiten Gewerkschaften bestehen läßt. Man sei bereit zur völligen Lösung von der Sozialdemokratie und widme sich nur noch rein sozialen Fragen. Die Nazis, die bisher nur eine NS-Betriebszellen-Organisation von etwa 400.000 Mitgliedern verzeichnen konnten, reagierten mit Hohn. Die christlichen Gewerkschaften - etwa eine Million Mitglieder zu den viereinhalb Millionen der freien - glaubten an die nunmehrige Bildung „einer großen berufsständigen Volksgemeinschaft“. Illusionen am laufenden Band. Am 19. April beschloß der Bundesvorstand des ADGB mit allen gegen die Stimme des Vorsitzenden des Bundes der Angestellten, Reichstagsabgeordneten Aufhäuser, der (aus raffinierter Erwägung erfolgten) „Verkündung des Staatsfeiertages 1. Mai“ Folge zu leisten und unter dem neuen Banner zu den Feierlichkeiten zu marschieren. Der Sozialdemokrat, Vorsitzender Otto Wels, eilt empört zu Leipart: „Das ist ein moralischer Zusammenbruch und die schwerste Schädigung der Gewerkschaften. Lasse doch lieber gleich das Hakenkreuz mit Gewalt auf die Dächer Deiner Gewerkschaftshäuser setzen, ehe Du freiwillig die schwarzweißbrote Hakenkreuzfahne hißt. Es ist doch alles vergebens.“ Leipart war seelisch gebrochen.

Die Ernüchterung erfolgte am 2. Mai mit der Verhaftung aller leitenden Gewerkschaftsfunktionäre, die Besetzung aller ihrer Büros, der Beschlagnahme des gesamten Gewerkschaftsvermögens und der öffentlichen Schmähung durch den unerhörten Vorwurf der Korruption. Die längst vorbereitete Bildung einer sogenannten „Deutschen Arbeitsfront“ wurde dem Nazi-Trunkenbold Dr. Ley übertragen. In der Illegalität haben bedeutende Gewerkschafter unter anderem an ihrer Spitze Wilhelm Leuschner und der Reichstagsabgeordnete Schneppenhorst (aus Nürnberg) ihr Leben geopfert.

(-/4.3.1988/vo-he/rs)

*) Der Autor ist der letzte Überlebende der SPD-Reichstagsfraktion, der er in den Jahren 1932/33 angehörte. 1957 bis 1969 gehörte Josef Felder, der heute in München lebt, dem Deutschen Bundestag an.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichten wir in unserer Ausgabe vom 7. März)

* * *